



**UMU**

## Deutscher Elite- Mittelstandspreis 2008

*UMU-Mittelstandspreis*



Preisträger

### ***Prof. Dr. Andreas Pinkwart***

Stellv. Ministerpräsident und Minister für  
Innovation, Wissenschaft, Forschung und  
Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

**Union Mittelständischer  
Unternehmen e.V. - UMU**



## Deutscher Elite- Mittelstandspreis 2008

UMU-Mittelstandspreis

Festschrift zur  
Preisverleihung  
an Herrn Prof.  
Dr. Andreas Pinkwart  
am 20. Mai 2008  
in Düsseldorf

# Die Verleihung des Deutschen Elite-Mittelstandspreises 2008

➤ im Überblick



Der Industrie-Club Düsseldorf: seit 1912 Treffpunkt führender Persönlichkeiten der Industrie, der Wirtschaft, der Politik und des wissenschaftlich-kulturellen Lebens in der Region Rhein-Ruhr



Symbol für den Deutschen Elite-Mittelstandspreis – der UMU-Löwe



Der Preisträger im Kreis der Redner, Gastgeber und Unterstützer



## Inhalt

- Die Veranstaltung im Überblick
- 4 Die Preisübergabe
- 6 Begrüßung — UMU-Präsident Hermann Sturm
- 16 Laudatio — Prof. Dr. h. c. Roland Berger
- 26 Laudatio — Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms
- 34 Replik — Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
- 44 Bisherige Preisträger und Ausgezeichnete



## Deutscher Elite-Mittelstandspreis 2008 – UMU-Mittelstandspreis an Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Die Union Mittelständischer Unternehmen verleiht jährlich den Deutschen Elite-Mittelstandspreis – UMU-Mittelstandspreis an Persönlichkeiten des politischen Lebens, die sich besonders um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und die Belange des Mittelstandes verdient gemacht haben.

Mit dem Mittelstandspreis 2008 ehrten UMU und Unterstützerverbände am 20. Mai 2008 im Düsseldorfer Industrie-Club den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, stellvertretenden FDP-Bundes- und Landesvorsitzenden der FDP-NRW Prof. Dr. Andreas Pinkwart.

Die Jury würdigte mit der Auszeichnung Pinkwarts kontinuierlichen Einsatz für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzordnung in Deutschland. Pinkwart stelle die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft in den Mittelpunkt seiner Politik und gebe damit ein leuchtendes Beispiel für modern verstandene Standortpolitik. Zudem hob die Jury Pinkwarts Mitarbeit an grundlegenden Reformkonzepten für ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht hervor, sowie seinen Einsatz für das Auslaufen der Kohle-Subventionen.

Die Preisverleihung an Minister Pinkwart wurde ideell unterstützt durch den Zentralverband Deut-

ches Kraftfahrzeuggewerbe e.V. - ZDK, Bonn, den Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V. - BDWi, Berlin, den Deutschen Steuerberaterverband e.V. - DStV, Berlin, den Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM, München, den Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL, Bad Honnef, und den Verband Unabhängiger Finanzdienstleistungs-Unternehmen in Europa e.V. - VOTUM.

Damit stehen über 200.000 Klein- und Mittelbetriebe sowie Freiberufler mit über einer Million Mitarbeitern hinter der Ehrung von Andreas Pinkwart.

### Die UMU dankt den Sponsoren

- Roland Berger Strategy Consultants
- WÜRTH Gruppe
- Fürst Fugger Privatbank
- Unternehmermagazin impulse
- Georgsmarienhütte
- Graf von Faber-Castell
- Linde
- RWE
- s.Oliver
- ThyssenKrupp
- UFB:UMU AG



UMU-Präsident Hermann Sturm übergibt die Verleihungsurkunde an den Preisträger 2008 Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart



Prof. Dr. Pinkwart nimmt das Symbol des Mittelstandspreises, den UMU-Löwen, und den Scheck entgegen. Der Preisträger spendet die Dotierung des Preises in Höhe von 6.000 Euro – zur Verfügung gestellt von der Fürst Fugger Privatbank – an die Bürgerstiftung Seelscheid, den Arbeitskreis Schmerz im Kindesalter und den Studienfonds Ostwestfalen-Lippe. v.l. Robert Rademacher, Präs. Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, Werner Küsters, Präs. Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft, UMU-Präsident Hermann Sturm, Prof. Dr. Pinkwart, Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms, Prof. Dr. h. c. Roland Berger und Hans-Werner Zeschky, Präs. Bundesverband Deutscher Mittelstand

Bild ganz oben links: Als Geschenk des Sponsors Faber-Castell erhält der Preisträger einen edlen Füllfederhalter.

## Eröffnung durch Hermann Sturm, Präsident UMU

Im Namen des Präsidiums der UMU und von Herrn Prof. Dr. Roland Berger darf ich Sie alle ganz herzlich begrüßen:

sehr verehrter, lieber Herr stellv. Ministerpräsident Prof. Dr. Pinkwart, lieber Herr Bundestagsvizepräsident Dr. Solms, UMU-Preisträger 1996, sehr geehrte Frau Ministerin Sommer, Herr Minister Dr. Linsen, aus dem Deutschen Bundestag Frau Flach und Herr Parr, besonders begrüßen möchte ich auch Frau Dr. Hergard Rohwedder,

sehr geehrter Herr Oetker als Vertreter des Hausmanns Industrie-Club, dem ich dafür danke, dass wir in seinen Räumen zu Gast sein dürfen, und Frau Suzanne Oetker, aus Brüssel Herrn Dr. Strohmeier, Kabinettschef der Kommissarin Reding,

unsere Sponsoren bzw. deren Vertreter, ohne Sie wäre der heutige Abend nicht in diesem Rahmen möglich gewesen:

Herrn Koch, Georgsmarienhütte, Herrn Ernst, Fürst Fugger Bank, Herrn Horstkötter, Unternehmermagazin impulse, Herrn Kurz von der Würth-Gruppe, Herrn Kuhlehn von RWE, Herren Plachta und Kirner von der UFB:UMU AG

sowie stellvertretend für die Wirtschaft auch unseren Partner Herrn Dr. Rauscher, Vorstand der Nürnberger Beteiligungs-AG, Herrn DuMont Schütte vom Verlagshaus DuMont Schauberg, Herrn Präsident Maier-Hunke vom Verband der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen,

die Repräsentanten der Unterstützer-Verbände: Präsident Küsters, Bundesverband der Dienstleis-

tungswirtschaft und seine Vizepräsidenten Besse und Heinz, Präsident Rademacher, Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, Präsident Zeschky, Bundesverband Deutscher Mittelstand, unsere Unterstützerverbände vertreten zusammen über 200.000 Klein- und Mittelbetriebe sowie Freiberufler mit über einer Million Mitarbeitern,

sowie Herrn Präsident Breuer vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, Herrn Lehnen von der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Herrn Prof. Ahrens, European Council of Civil Engineers, Frau Präsidentin Glaubitz-Becker, Union Deutscher Personalberater, unsere Präsidialbeiräte und Präsidiumsmitglieder Herrn Dr. Homann und Herrn Ibielski, besonders soll ich Ihnen, Herr Prof. Pinkwart, Grüße von Herrn Merz, unserem UMU-Mittelstandspreisträger 2003 ausrichten, der, wie auch Herr Dr. Jürgen Großmann, Vorstandsvorsitzender der RWE AG, heute abend aus Termingründen leider nicht teilnehmen kann,

die persönlichen Gäste von Herrn Minister Pinkwart, liebe Medienvertreter, liebe Mitglieder und Gäste, liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich und danke Ihnen, dass Sie alle heute hierher gekommen sind, um den nordrhein-westfälischen Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart als Träger des Deutschen Elite-Mittelstandspreises 2008 zu ehren. Genießen Sie den Abend mit uns.

Nun einige Anmerkungen zu unseren Anliegen als Mittelständler:



Sehr geehrter Herr Minister Prof. Pinkwart, Sie haben eine Eigenschaft, die in der deutschen Politik selten vorkommt: Sie wissen nicht nur, wie der deutsche Mittelstand denkt, sondern auch noch was er braucht!

Der Leitantrag zur Finanzpolitik zum FDP-Bundesparteitag am 31. Mai in München könnte von der UMU gedanklich nahezu voll abgeschrieben sein. Ist er aber nicht. Wenn die politische Umsetzung dieses Antrages gelingt, so geht es dem deutschen Volke besser.

### Mehr Netto für alle.

Wir schließen uns der Aussage von BDI-Präsident Thumann vom 21.4. 2008 voll an:

*„Wir fordern mehr Netto für die Arbeitnehmer. Der große Gewinner des Aufschwunges ist der Staat. Der richtige Adressat für die Forderung nach mehr Netto ist deshalb der Staat und nicht die Unternehmen.“*

Der deutsche Mittelstand bedarf der Förderung in folgenden Bereichen, die ich nur auszugsweise aus Zeitgründen wiedergebe:

### Steuer- und Finanzwesen

Ihr Bundesvorsitzender Westerwelle sagte im Deutschen Bundestag hinsichtlich der Mehrwertsteuererhöhung 2006, als er die Wahlaussage dazu von SPD und CDU/CSU analysierte: **„Null plus Eins ist Drei.“**

Nun, wenn man das kleine Einmaleins nicht beherrscht, so muss man sich nicht wundern.

Die Unternehmenssteuerreform 2008, die für Großunternehmen grundsätzlich richtig war, damit sie im Lande bleiben, traf bei der „Gegenfinanzierung“ nur den kleinen Mittelstand, hauptsächlich durch die Gewerbesteuer, indem wieder gewinnunabhängige Komponenten eingeführt wurden.

Die Gewerbesteuer gehört abgeschafft. Bleiben Sie am Ball.



Wo bleiben eigentlich die Einsparungen im Bundeshaushalt als „Gegenfinanzierung“ der Bundesregierung für die Steuererhöhungen? Wenn dies erfolgt wäre, so hätten wir schon 2008 einen schuldenfreien Haushalt.

Hier möchte ich ausdrücklich Ihren anwesenden Finanzministerkollegen Dr. Linssen erwähnen, der einen sehr sinnvollen Vorschlag mit 27 Änderungen im Bundesrat einbrachte:

- Vereinfachte Besteuerung von Dienstwagen
- Wiederabsetzung privater Steuerberatungskosten
- Abschaffung des Bürokratiemonsters Bauabzugssteuer
- Einfache Regelungen für Hilfen im Haushalt
- Wiedereinführung der Pendlerpauschale.

Für unsere Mitarbeiter, den Leistungsträgern unserer Gesellschaft, gehören die Lohnnebenkosten gesenkt und ebenso die Lohnsteuer. Hier begrüßen wir Ihre Vorschläge, Herr Prof. Pinkwart, wie auch die des CSU-Parteivorsitzenden Huber. Bei diesen Vorschlägen geht es ja im Grunde nicht um eine Steuersenkung, sondern um die Kompensation bzw. Rücknahme ungerechtfertigter Steuererhöhungen von 2006.

#### **Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer**

Wir brauchen eine Steuervereinfachung, denn diese ist die beste Kostensenkung für uns und damit eine indirekte Steuersenkung, die den Fiskus nichts kostet.

Wir brauchen ein einfaches und steuerrechtlich sicheres System. Stufentarif oder Flat-Tax, sowie Abschaffung der Gewerbesteuer, natürlich mit einer Kompensation für die Kommunen. Wir wollen Unternehmer sein und keine Steuerakrobaten.

Seit 1995 unterstützen wir die Bemühungen der Politiker mit Weitblick und der Wissenschaftler mit Durchblick.

Unsere Preisträger: Dr. Solms, die Herren Uldall, Merz und Huber von der CDU/CSU, und jetzt auch Sie, Herr Prof. Pinkwart und unsere Unterstützung von Prof. Kirchhof sind die Zeugen unserer zukunftsorientierten Einstellung.

Wir wollen nicht unbedingt Recht haben, deswegen könnte man doch zwei Systeme nebeneinander stellen und 5 Jahre ausprobieren. Warum gibt es denn kein Wahlrecht für Unternehmer, das man natürlich dann auch für diesen Zeitraum nicht mehr ändern kann?

#### **Umsatzsteuer**

Hier möchte ich die Aktivität Ihrer hier anwesenden Bundestagskollegin Flach ausdrücklich loben.

Die Ungleichbehandlung der Besteuerung der öffentlichen Hand für Leistungen, die sie im Wettbewerb mit privaten Anbietern erbringen, ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Hier werden vor allem kleine Mittelständler benachteiligt, mit dem, trotz hoher Mühen, erwirtschafteten Gewinn subventionieren sie gleichzeitig noch ihre Konkurrenz durch die Gewerbesteuer.

#### **Abgeltungsteuer**

Wir müssen hier auch an die Bürger denken, die langfristig ihr Kapital der Wirtschaft mit Finanzanlagen zur Verfügung stellen als Altersversorgung. Eine Inflation von 2,3 % pro Jahr halbiert die Kaufkraft in 25 Jahren. Im April 2008 lag diese bei 3,2 %. Deswegen brauchen wir hier bei Auszahlungen ab dem 60. Lebensjahr für jeden Bürger einen Freibetrag von mindestens € 500.000,-, der auch indiziert werden sollte.

#### **Erbschaftsteuer**

Sie sollte mit wesentlich höheren Freibeträgen für die Erben ausgestattet werden und bei Firmen wesentlich vereinfacht bei einer maximalen Laufzeit von 10 Jahren.

#### **Änderung der Absetzungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter**

Bereits im Jahre 2002 hat der damalige CDU-CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Herr Merz zusammen mit Herrn Glos einen Antrag auf diese Festsetzung gemacht. Die jetzige Grenze von € 150,-, die Pool-Lösung bis € 1.000,- und die 5-jährige Abschreibungszeit könnten die Bundesregierung zum „Gewinner des Europäischen Bürokratieaufbaupreises“ machen.

#### **Bürgergeld**

Auch hier unterstützen wir den Vorschlag von Ihnen und Herrn Dr. Solms, ein Bürgergeld einzuführen, um damit den Bürger grundeinkommensmäßig zu sichern und eine klare Regelung mit wenig Bürokratieaufwand über das Finanzamt zu erreichen. Unser UMU-Preisträger 2006, Herr Ministerpräsident Althaus, verfolgt eine ähnliche Bürgergeld-Strategie.

#### **Mindestlohn**

Wir sind generell gegen einen Mindestlohn, das wäre neuer Bürokratieaufbau. Wir sind durch unsere vorbildliche Tarifautonomie immer gut gefahren und brauchen keine gesetzliche Regelung. Dies fördert nur die Schwarzarbeit. Wenn überhaupt, so schließen wir uns dem Vorschlag von Prof. Rürup an: € 4,50 sind genug.

#### **Bürokratieabbau im Mitarbeiterbereich**

Hier haben wir ebenfalls seit langem die Vereinfachung der Steuer- und Sozialkostenabrechnung



für Unternehmen bis 50 Mitarbeiter gefordert. Hier ist seit 125 Jahren keine Anpassung an die Veränderung der Unternehmer- und Arbeitnehmerwelt erfolgt. Auch hier wäre ein Wahlrecht sinnvoll.

#### Energiekosten

Die Preisexplosion auf diesem Sektor ist beängstigend. Wir brauchen, vor allem viele industrielle Mittelständler, eine sichere Kalkulationsgrundlage. Natürlich verschließen wir uns nicht dem Klimaschutz, aber dieser muss kontinental gleich eingeführt werden – besser auf der gesamten nördlichen Halbkugel – um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Können wir uns wirklich jetzt erlauben Kernkraftwerke stillzulegen?

Als der Ausstiegsbeschluss erfolgte, herrschten andere Verhältnisse. Ist es richtig, dass laut ZEIT die ISS-Station im Weltraum 100 Milliarden EURO kostet, und wir für die Kernfusionsforschung International Thermonuclear Experimental Reactor - ITER - in Cadarache (Frankreich) in den nächsten 30 Jahren nur 10 Milliarden EURO aufwenden? Nachdem der Ausgang der Forschung ungewiss ist, sollten wir nicht eine zweite Anlage initiieren und fördern, denn von einem Erfolg hängt wesentlich die Zukunft unserer Enkel ab?

Bis zu einer kostengünstigen eigenständigen Energieerzeugung, z. B. durch neue Kernfusionsmöglichkeiten, dürfen wir uns nicht der „kalten Enteignung“ durch Drittländer infolge hoher Energiekosten aussetzen, indem sie die deutsche Wirtschaft durch die hohen Energiepreiserlöse aufkaufen.

Und so kommt es, dass derzeit nur 27 Studenten in Deutschland Kerntechnik studieren, dagegen aber 140.000 Betriebswirtschaft.

Die Förderung der Naturwissenschaft ist dringend notwendig.

Ein weiterer sozialer Aspekt wäre es, die untere Mitte, d. h. die Rentner bis € 1000,- Monatsrente, mit einer nahezu kostenfreien Zusatzrente als Stromdeputat aus Biblis in Höhe von 2.000 KWh pro Jahr zu unterstützen. Das hieße eine richtige Rentenerhöhung zum Nulltarif für die Generation, die Deutschland zum Blühen brachte.

#### Weitere Anmerkungen

Wir hoffen, dass sich die Kreditversorgung für den Mittelstand nicht wegen der Subprime-Krise verschärft.

Wir leiden schon jetzt unter dem Bürokratieaufwand von »Basel 2«.

Die Rating-Euphorie wird hoffentlich jetzt gedämpft. Wie sagte doch der BaFin-Präsident Sanio: *„Wir glaubten den Ratingagenturen. Dieser Irrglauben hat uns viel Geld gekostet, nicht nur die Verluste, sondern auch den Steuerausfall. Auch die Aufsicht im Bundesfinanzministerium hat wohl geglaubt.“*

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich darf nun das Wort an Herrn Prof. Dr. Berger übergeben.





Prof. Dr. Roland Berger im Gespräch mit Frank Koch, Mitglied der Geschäftsführung Georgsmarienhütte Holding GmbH



v.l. Prof. Dr. Berger, Robert Rademacher, Präsident Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, Finanzminister Dr. Linssen



Andreas Pinkwart und Otto Ernst, Pers. haftender Gesellschafter Fürst Fugger Privatbank KG



Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (li.) und Dr. Helmut Linssen Mdl., Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen



v.l. Minister Pinkwart, Dr. Matthias Schürgers, Ministerialdirektor a.D., Dirk Horstkötter, Leiter Hauptstadtbüro Unternehmernmagazin »impulse«, Hans-Dieter Lehnen, Hauptgeschäftsführer Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU



Hausherr Roland Oetker, Vorstand des Industrie-Clubs Düsseldorf, begrüßt Minister Pinkwart



v.l. UMU-Präsident Hermann Sturm, Barbara Sommer Mdl., Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Werner Küsters, Präsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft



v.l. Dr. Rudolf Strohmeier, Kabinetts-Chef von EU-Kommissarin Reding, Brüssel (li.), im Gespräch mit Manfred Kurz, Leiter Würth Haus Berlin und Brüssel



Frithjof Kühn, Landrat Rhein-Sieg-Kreis, und Johann Straub, Präsident Bundesverband Deutscher Grundstückssachverständiger



v.l. Horst-Werner Maier-Hunke, Präsident Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen, Dr. Solms, Prof. Dr. Pinkwart, Ulrike Flach MdB



Suzanne Oetker und Dr. Hermann Otto Solms



v.l. Christian DuMont Schütte, Geschäftsführer Verlagshaus DuMont Schauberg, Botho von Portatius, Geschäftsführender Gesellschafter Kappa IT Ventures Beteiligungs GmbH, Prof. Dr. h.c. Roland Berger



Prof. Dr. Pinkwart und Prof. Dr. Berger im Gespräch mit Michael Breuer, Präsident Rheinischer Sparkassen- und Giroverband



UMU-Präsident Hermann Sturm und der nordrhein-westfälische Finanzminister Dr. Helmut Linssen



v.l. Dr. Hans-Joachim Rauscher, Vorstand Nürnberger-Beteiligungs-AG, Markus Kirner und Reimer Runge, Vorstände UFB:UMU AG



v.l. Norbert Plachta, Vorstandssprecher UFB:UMU AG, Johann Straub, Präsident Bundesverband Deutscher Grundstückssachverständiger, Heinz Naumann, Ehrenpräsident Zentralverband Deutscher Ingenieure, Walter Röthemeier, Vorstand IMU



v.l. Dr. Matthias Schürgers, Ministerialdirektor a.D., Hans-Dieter Lehnen, Hauptgeschäftsführer Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Dieter Ibielski, Geschäftsführender Präsident Union Deutscher Unternehmensberater



Otto Ernst, Pers. haftender Gesellschafter Fürst Fugger Privatbank KG (II.) und Alfons Kraus, Präsidialbeirat UMU



v.l. Kuno Linder, Vorstandsvorsitzender Schweizer-National Versicherungs AG, Dr. Sabine Kremer, Freie Architektin, Hans-Werner Zeschky, Präsident Bundesverband Deutscher Mittelstand



v.l. Detlef Parr MdB, Suzanne und Roland Oetker



v.l. Karl Besse, Vizepräsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft, Werner Flach, Ulrike Flach MdB, Dr. Hermann Otto Solms MdB, Detlef Parr MdB



Dr. Josef Beutelmann, Vorsitzender der Vorstände Barmeria Versicherungen (II.) und Dr. Norbert Vogelpoth, PricewaterhouseCoopers AG



v.l. Dr. Axel Koblitz, Hauptgeschäftsführer Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, Dirk Horstkötter, Leiter Hauptstadtbüro Unternehmermagazin »impulse«, Bernd Brunke, Roland Berger Strategy Consultants



v.l. Prof. Dr. Carsten Ahrens, Senior-Vizepräsident Europäischer Rat der Ingenieure des Bauwesens - ECCE London-Brüssel, Prof. Dr.-Ing. Victor Rizkallah, Präsident Ingenieurkammer Niedersachsen a.D., Dr.-Ing. Carl August Günther, Vorsitzender ECCE - Deutsche Sektion

## Laudatio – Prof. Dr. h. c. Roland Berger

Sehr verehrte Frau Ministerin Sommer,  
sehr verehrter Herr Minister Dr. Linssen,  
sehr verehrter Herr Dr. Solms, MdB,  
sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr verehrter, lieber Herr Sturm,  
sehr verehrter Herr Oetker, als Hausherr,  
werte Festversammlung aus Politik, Wissenschaft,  
Wirtschaft und vielen anderen Bereichen unserer  
Gesellschaft,  
sehr verehrter Herr Minister Professor Dr. Pinkwart,  
wir sind heute Abend zusammengekommen,  
um eine Person für ihre Verdienste und Leistungen  
für die deutsche Wirtschaft und insbesondere  
für den deutschen Mittelstand zu ehren,

- die wie wenige andere der Überzeugung ist, dass Deutschland weltweit wieder ganz vorne mitspielen kann, wenn wir nur durch die überfälligen Reformen zu den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft zurückkehren: Zu Freiheit und Wettbewerb. Denn nur so wird Deutschland bei Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand wieder Spitze!
- eine Persönlichkeit, die aber auch das Grundvertrauen der Bürger – auch der Benachteiligten – in unsere Marktwirtschaft wieder herstellt durch eine Sozialpolitik, die auf Zukunft setzt, durch Bildung für alle, durch Chancengerechtigkeit und durch Solidarität mit denen, die unverschuldet zu Verlierern des Wandels wurden. Ihnen will sie, durch Fördern und Fordern, wieder den Weg zurück in die Eigenverantwortlichkeit ebnen. Das ist zukunftssträchtige Sozialpolitik, die in Wertschöpfung investiert und nicht in Untätigkeit und Umverteilung.
- und eine Persönlichkeit, die diese Grundsätze, – gemeinsam mit einem nicht immer „politisch einheitlich ausgerichteten“ Koalitionspartner – auch in die Tat umzusetzen versteht, weil sie die Spielregeln der Politik beherrscht.

Diese Persönlichkeit ist Professor Dr. Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen.

### Andreas Pinkwart – Politik, Wissenschaft und Wirtschaft eng verbunden

Sehr verehrter Herr Minister Pinkwart, Sie sind Politiker par excellence. Aber Sie sind nicht nur ein „gelernter Politiker“ sondern auch ausgewiesener Wissenschaftler und Wirtschaftsfachmann. Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sind für Sie keine Gegensätze. Ihre Biografie ist Beweis für das erfolgreiche und sich gegenseitig befruchtende Ineinandergreifen der drei Bereiche. Sie sind „durch und durch“ ein sach- und bürgerbezogener Politiker, hochbegabter Wissenschaftler und ausgewiesener Wirtschaftsfachmann.

Bereits mit 20 Jahren folgen Sie Ihrer freiheitlichen und an den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft orientierten Gesinnung und treten im Jahr 1980 der Freien Demokratischen Partei bei, für die Sie wenige Jahre später in den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises einziehen und u. a. schon damals den Arbeitskreis der Fraktion Wirtschaft und Mittelstand leiten.

Parallel zu Ihrem ersten politischen Engagement erlernen Sie das wirtschaftliche Handwerk. Sie machen eine Lehre bei der Dresdner Bank, um zunächst eine solide Berufsgrundlage zu erwerben. Nach Abschluss Ihrer Banklehre studieren Sie Volks- und Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten Münster und Bonn und arbeiten im Anschluss zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter am renommierten Institut für Mittelstandsforschung in Bonn. Eine deutliche Hinwendung zum deutschen Mittelstand – bereits in jungen Jahren!

Trotz Ihres Engagements für Wissenschaft und Wirtschaft bleiben Sie der Politik verbunden. In dem für Deutschland durch den Fall der Mauer so bedeutenden Jahr 1989 wird Ihnen eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter der parlamentarischen Geschäftsführung der FDP-Bundestagsfraktion angeboten, ein Angebot, dem Sie in Ihrer Leidenschaft für die Politik nicht widerstehen kön-



nen. Diese Stelle ermöglicht es Ihnen, politische Praxis, wissenschaftliche Erkenntnis und wirtschaftliche Einsicht auf fruchtbare Weise zu verbinden.

Der Wissenschaft bleiben Sie weiter erhalten und promovieren 1991 mit einer Arbeit zu neueren Ansätzen auf dem Gebiet der Unternehmensentwicklung bei dem von uns allen hochgeschätzten Professor Horst Albach in Bonn.

Sehr geehrter Herr Professor Pinkwart, man kann sagen: Es ist der stete Wechsel zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, der Ihren Lebensweg kennzeichnet.

Im selben Jahr (1991) – inzwischen Kreisvorsitzender der FDP Rhein-Sieg – werden Sie zum Büroleiter des damaligen FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzenden, Ihres heutigen (politischen) Laudators, Dr. Hermann Otto Solms, berufen.

Neben Ihrem politischen Aufstieg gehen Sie auch Ihren wissenschaftlichen Weg entschlossen und konsequent weiter. Denn Ihnen ist es wichtig, – wie es Max Weber formulierte – nicht „von“ der Politik, sondern „für“ die Politik zu leben. Denn Politik ist für Sie keine „Veranstaltung auf Lebenszeit“. Sehr verehrter Herr Minister Pinkwart, es ist Ihnen wichtig, als Politiker auch immer – so darf ich sagen – „im Leben zu stehen“ und nicht den Bezug zu den Auswirkungen von Politik auf die Bürger zu verlieren.

Und gleichermaßen ist es für Sie wesentlich, in der Politik frei zu sein und jederzeit wieder in einen Beruf zurückzukehren, der „seinen Mann ernährt“.

So „springen“ Sie im Jahr 1994 zurück in den Lehralltag und nehmen zunächst die Berufung auf den Lehrstuhl für öffentliche Betriebswirtschaft an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf an.

Meine Damen und Herren, die herausragende Kompetenz unseres heutigen Preisträgers bleibt in der FDP nicht unbemerkt: 1996 wendet sich Andreas Pinkwart wieder verstärkt der Politik zu



und wird stellvertretender Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen FDP und schon ein Jahr später von den Delegierten in den FDP-Bundesvorstand gewählt. Nicht zuletzt bekräftigt er seinen bundespolitischen Einfluss und festen Platz in der FDP-Spitze mit seiner maßgeblichen Mitwirkung am Konzept der FDP für eine grundlegende Reform des deutschen Steuerrechts.

Trotz seiner politischen Erfolge bleibt er auch der Wissenschaft verpflichtet und folgt (1998) dem Ruf an die Universität Siegen. Dort übernimmt Andreas Pinkwart den praktisch für ihn „maßgeschneiderten“ und zukunftsweisenden Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit Forschungsschwerpunkten in den Bereichen Mittelstandsökonomie, Unternehmensgründung/Entrepreneurship, Turnaround-Management und Innovation/Technologietransfer. Er übernimmt damit eine Professur, die insbesondere der mittelstandsbezogenen Profilbildung des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften dienen soll und widmet sich nun auch wissenschaftlich ganz dem Mittelstand.

2002 zieht Professor Pinkwart bei den Bundestagswahlen in den Bundestag ein und lässt sich daraufhin von der Universität Siegen beurlauben. Obwohl die FDP bundesweit „lediglich“ 7,4% und in Nordrhein-Westfalen 9,3% der Wählerstimmen erreicht, erzielt Andreas Pinkwart in seinem Wahlkreis – mit 12,4% der Stimmen – das bundesweit beste Ergebnis eines FDP-Kandidaten.

Ende 2002 wählen die Delegierten Andreas Pinkwart auf einem Sonderparteitag zum Landesvorsitzenden der FDP in Nordrhein-Westfalen, zum Vorsitzenden des stärksten FDP-Landesverbandes. Die Partei befindet sich zu diesem Zeitpunkt in einer schweren Krise: Die Reformdebatte wird innerhalb der FDP nur halbherzig geführt und auch die notwendige parteipolitische Wende – weg von der „Spaßpartei“, hin zu liberaler Sachpolitik – gelingt nur schwer. Unter Führung ihres neuen Landesvorsitzenden konsolidiert sich aber die FDP schnell

wieder und geht ihre Probleme konsequent an. Dabei setzt sich Andreas Pinkwart entschlossen für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik ein und profiliert sich als ein tatkräftiger Politiker mit umfangreichem Sachverstand.

Im August 2004 wird Andreas Pinkwart haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion sowie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss, Vorsitzender der Landesgruppe NRW der FDP-Bundestagsabgeordneten und Leiter der „Kommission Liberale Gemeindefinanzreform“ und später auch der „Kommission Liberales Bürgergeld“.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist keine Übertreibung, wenn man den Machtwechsel auf Landesebene im Mai 2005 auch den Verdiensten von Andreas Pinkwart zuschreibt. Denn nur mit Hilfe einer „starken“ FDP ist es der CDU möglich, die SPD in Nordrhein-Westfalen – nach 25 Jahren Regierungsverantwortung – abzulösen.

Dass Andreas Pinkwart in der neuen Regierung Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie wird, ist angesichts seiner bisherigen Tätigkeitsschwerpunkte eine Selbstverständlichkeit und sicherlich die bestmögliche Besetzung dieser für Nordrhein-Westfalen so wichtigen Position. Denn wer sonst verfügt über die notwendige politische Erfahrung und über einen derart tiefen theoretischen sowie praktisch fundierten Einblick in Wissenschaft und Wirtschaft?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Andreas Pinkwart ehrt die Union Mittelständischer Unternehmen einen wahrhaft liberalen Politiker, Wissenschaftlicher und Wirtschaftler, dessen Wirtschafts- und Innovationspolitik Vorbild für Deutschland sein kann!

Und dies unterstreicht nicht nur sein knapp dreijähriges Wirken als Innovationsminister in Nordrhein-Westfalen – in einem Ministerium, das in dieser Form bisher in Deutschland einzigartig ist.

### Zukunftsweisende und mittelstandsfreundliche Politik

Sie, sehr verehrter Herr Professor Pinkwart, haben sich in Ihrer politischen und wissenschaftlichen Laufbahn wie nur wenige um den deutschen Mittelstand sowohl wissenschaftlich-theoretisch als auch politisch-praktisch verdient gemacht.

Mit dem UMU-Mittelstandspreis wird in diesem Jahr auch eine Persönlichkeit aus der Politik dafür geehrt, dass sie „Zukunft denkt“ und Zukunft gestaltet und nicht wie viele andere lediglich „Gegenwart verwaltet“.

► Sehr verehrter Herr Minister, große Verdienste erwerben Sie sich, wenn Ihnen die Umsetzung Ihres ambitionierten Zieles gelingt, Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum deutschen Innovationsland Nr.1 zu machen, ein Platz, den das bevölkerungsstärkste Bundesland auch einnehmen muss! Wir alle wissen, dass der Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen bei Ihrem Amtsantritt im bundesweiten Vergleich weit zurücklag.

Sie haben schon heute die Trendwende in der Innovationspolitik geschafft und die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ganz entscheidend vorangebracht.

### Fortschritt im Bereich Wissenschaft

► Mit dem neuen „Hochschulfreiheitsrecht“ haben Sie, sehr verehrter Herr Professor Pinkwart, mit großem Engagement und klaren Vorstellungen – auch für das Detail – dafür gesorgt, dass seit Anfang 2007 die 14 Universitäten und 12 Fachhochschulen Nordrhein-Westfalens als erste in Deutschland komplett eigenständig – sowohl finanziell, personell als auch organisatorisch – entscheiden und handeln können. Damit haben diese nun die Möglichkeit, sich zu profilieren und ihre Chancen sowohl im nationalen als auch internationalen Wettbewerb der Hochschulen deutlich zu verbessern. „Ein wahrer Meilenstein bei der Aufholjagd.“ [AP]



Und das zeigt auch die zweiten Runde der Exzellenz-Initiative des Bundes: Genauso viele Anträge aus Nordrhein-Westfalen wie aus Bayern wurden honoriert. Die Trendwende in der Hochschulpolitik ist vollzogen und trotzdem besteht noch enormer Handlungsbedarf: Ihre jüngsten Pläne einer „Initiative für mehr Forschungsfreiheit“, sehr verehrter Herr Professor Pinkwart, setzt die richtigen Impulse.

- Erstens, mit Ihrer Forderung, den von Bund und Ländern getragenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine zu den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen vergleichbare Gestaltungsfreiheit und Autonomie zu gewähren (Wissenschaftsfreiheitsgesetz).

- Zweitens, mit Ihren Vorschlägen für ein nationales Stipendiensystem, um langfristig die besten Studenten im globalen Wettlauf für Deutschlands Wirtschaft und Gesellschaft zu gewinnen. Ihr Konzept sieht vor, stufenweise die begabtesten zehn Prozent der Studierenden mit einem Stipendium zu fördern. Heute erhalten gerade einmal zwei Prozent der Studenten an deutschen Hochschulen ein Stipendium.

- Drittens, mit Ihrem Plädoyer für die individuelle Vergütung von Wissenschaftlern durch die jeweilige Hochschule. In zu vielen Fällen ist es den Hochschulen nicht möglich, die Abwanderung hochqualifizierten Personals ins Ausland zu stoppen. Und viel zu selten ist es deutschen Hochschulen möglich, hochqualifizierte, erstklassige Wissenschaftler aus dem Ausland anzuwerben.

- Und last but not least, mit Ihrem Bestreben, die Altershöchstgrenzen für Forscher aufzuheben. Denn oft werden Koryphäen aufs Altenteil abgeschoben, die dann im Ausland weiterarbeiten.

> Auch in der Schulpolitik haben Sie die Trendwende bereits vollzogen. Seit 2005 sind über 5.000 zusätzliche Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden. Der Unterrichtsausfall wurde nahezu halbiert und ein neues Schulgesetz gibt den Schulen mehr Eigenständigkeit.

Zugleich ist durch die Einführung von Zentralprüfungen die Vergleichbarkeit der Ausbildung zwischen den Bundesländern erhöht worden. Auch damit lösen Sie auch ein Wahlversprechen ein!

Dazu hatte die Schwarz-Gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen 125 Landesbehörden aufgelöst und tausende von Beamten freigesetzt – ein mutiger Schritt vom unproduktiven zum produktiven öffentlichen Engagement.

#### Fortschritt im Bereich Wirtschaft

> Auch im Bereich der Technologieförderung haben Sie sich, sehr verehrter Herr Minister Pinkwart, zu einem mutigen Schritt entschlossen: Denn Sie wollen Forschungsfördergelder nach wettbewerblichen Prinzipien vergeben, anstatt das zur Verfügung stehende Budget nach dem Gießkannenprinzip gleichmäßig zu verteilen. Ganz nach Ihrem Leitsatz: „Nicht mehr überall irgendwie mitmischen. Sondern sich auf echte Forschungsstärken konzentrieren, um die Tür zu den künftigen Leitmärkten zu öffnen.“ [AP] Und das ist richtig: Mittel gilt es, dort einzusetzen, wo sie die größte Hebelwirkung erzielen.

> Zusätzlich wird ein Innovationsfonds für herausragende Projekte der Spitzenforschung weitere innovative Unternehmen nach Nordrhein-Westfalen locken. Mindestens 160 Millionen Euro stehen dafür aus Privatisierungserlösen in den nächsten drei Jahren bereit. In diesem Zusammenhang ist es ganz besonders wichtig, insbesondere für mittelständische Unternehmen entsprechende steuerliche Forschungs- und Innovationsanreize zu schaffen. Auch hierfür macht sich Andreas Pinkwart auf Bundesebene stark. Denn der Mittelstand in Deutschland stellt 80 Prozent der Ausbildungsplätze, 70 Prozent der Beschäftigten, mehr als die Hälfte der Wertschöpfung, aber noch erst 15 Prozent der Investitionen in Forschung und Entwicklung. Hier herrscht großer Nachholbedarf.

> Auch in der Ansiedelung von Spitzenforschungseinrichtungen hat das Innovationsland Nordrhein-Westfalen die Trendwende vollzogen.

Beispiele dafür sind:

- das E.ON-Energieforschungsinstitut an der RWTH Aachen,
- das Honda-Robotik-Forschungszentrum an der Universität Bielefeld,
- das Forschungszentrum für Neue Werkstoffe ICAMS von ThyssenKrupp, Salzgitter, Bayer und Bosch in Zusammenarbeit mit der Universität Bochum (Interdisciplinary Centre for Advanced Materials Simulations),
- oder die jüngste Ansiedlung des Innovationsclusters Produktionstechnik der Fraunhofer Gesellschaft am Standort Aachen.

> Neben der Innovationspolitik ist sicherlich der geplante sozialverträgliche Ausstieg aus der subventionierten Steinkohleförderung ein zweites Schlüsselprojekt und ein politischer Meilenstein für Nordrhein-Westfalen, für das Land, in dem einst 100 Zechen blühten.

Sehr verehrter Herr Minister Pinkwart bereits 2004, als Sie noch nicht in Regierungsverantwortung standen, haben Sie eine Begrenzung der Subventionen gefordert. Es ist daher nur konsequent und ehrlich, wenn Sie als Regierungsmitglied entscheidend zum Auslaufen einer rückwärts gerichteten Subventionierung einer längst überkommenen Wirtschaftsstruktur beitragen. Sie haben in den Verhandlungen eindrucksvoll bewiesen, wie man nach „Wegen der Verständigung“ suchen kann, um letztendlich in der „Sache“ voranzukommen ohne dabei das Ziel „aus den Augen zu verlieren“. Mit dem Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung tut Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Schritt, Ressourcen für die Zukunft freizusetzen.

► Eng mit dem Bergbau ist in Nordrhein-Westfalen die Energiepolitik verknüpft. Und da wäre es richtig, wenn sich Deutschland an der Entwicklung der vierten Generation von Kernkraftwerken beteiligte und somit auch zur Sicherheit dieser Technik seinen Beitrag leistete.

Es zeugt daher von großer Weitsicht und Vernunft, dass Sie, sehr verehrter Professor Pinkwart – im Gegensatz zu Ihrer Vorgängerin im Amt – die Finanzierung der vier Lehrstühle für Kernsicherheits- und Entsorgungsforschung an der RWTH Aachen sowie am Forschungszentrum Jülich gesichert haben.

Dagegen ist die derzeitige Energiepolitik sowohl im Bund als auch in den Ländern, wie Sie, sehr verehrter Herr Minister Pinkwart, es vor kurzem genannt haben, eher „*abenteuerlicher Öko-Aktivismus*“, als eine Politik, die den Namen Energiepolitik verdient.

► An dieser Stelle sei auch kurz angemerkt, dass nicht nur die derzeitige Energiepolitik in unserem Land einer Entideologisierung bedarf, sondern auch die Stammzellforschung. Insbesondere sei die Aufhebung des Stichtags erwähnt – eine Einstellung, die Sie – zwar zu Kompromissen bereit – persönlich teilen.

► Hervorgehoben, sehr verehrter Herr Minister, sei auch Ihr Verhandlungsgeschick und Ihr Sachverstand im Zusammenhang mit der Nachbesserung der Unternehmenssteuerreform. So konnten zusätzliche Belastungen – insbesondere für mittelständische Unternehmen –, beispielsweise durch die vorgesehene Streichung des Verlustvortrages oder der Besteuerung des Mantelkaufs, vermieden werden.

Auch Ihre derzeit diskutierten Vorschläge für ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht sind erwähnenswert, dem Grundsatz folgend: „*Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen, Freiheit vor Gleichmacherei*.“ [AP], und natürlich auch hier Freiheit und Wettbewerb.

Wichtige **Eckpunkte Ihres Steuerkonzeptes** sind:

- der Wegfall der unterschiedlichen Besteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften
- die Einführung einer negativen Einkommenssteuer (Bürgergeld)
- ein dreistufiger Steuertarif mit den Sätzen 10%, 20% und 30% sowie
- die schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine mutige Reform unseres Steuersystems ist nicht nur zwingend notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und eine gerechtere Besteuerung des Mittelstandes sowie der Bürger sicherzustellen, sondern auch um das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in das deutsche Steuersystem wieder herzustellen.

Mit Spannung sehe ich daher auch dem bevorstehenden Bundesparteitag der FDP Ende des Monats entgegen, auf dem nicht zuletzt die Ergebnisse des parteiinternen Wettbewerbs um das beste Steuerkonzept präsentiert werden.

► Nicht nur in der Steuerpolitik erhoffe ich von Andreas Pinkwart auch zukünftig wichtige Impulse für eine öffentliche Diskussion, sondern auch hinsichtlich der geplanten Gesundheitsreform. Der von der Bundesregierung verabschiedete Gesundheitsfonds ist falsch, und ich stimme Ihnen, sehr verehrter Herr Minister Pinkwart zu, wenn Sie sagen, wir brauchen in unserem Gesundheitssystem „*mehr Eigenvorsorge und weniger Staatsbürokratie*“ [AP].

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Andreas Pinkwart hat entscheidend dazu beigetragen, notwendige strukturelle Reformen in Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen kann auch Vorbild für Berlin sein. Selbst Jochen Diekmann, bis 2007 Vorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen, muss eingestehen, dass „*CDU und FDP die*

*Tür geöffnet haben für langfristige strukturelle Veränderungen*“ [JD].

Andreas Pinkwart, als einer der Macher dieser erfolgreichen Regierung, hat sich um Nordrhein-Westfalens Wirtschaft und Wissenschaft – insbesondere für den deutschen Mittelstand – verdient gemacht. Und – ganz wie es das Amt eines Innovationsministers erwarten lässt – ist er mutig und innovativ, indem er neue Schritte wagt, die vor ihm noch keiner gegangen ist. Dabei wird er zurecht von der Süddeutschen Zeitung als „*berechenbar und umgänglich*“, und als ein „*Vernunftmensch*“ mit profunden Wirtschaftskennntnissen beschrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können nur alle hoffen, dass sich Andreas Pinkwart nicht so schnell wieder seiner zweiten Leidenschaft, „*der Wissenschaft*“, zuwendet.

Denn er wird nicht nur von Nordrhein-Westfalens Wirtschaft und Gesellschaft noch für viele Jahre gebraucht. Auch Deutschland – und die FDP – braucht Politiker wie Andreas Pinkwart, die den Menschen in unserem Land durch klare Konzepte und Tatkraft ihr Grundvertrauen in das Gestaltungsvermögen von Politik zurückgeben.

Sehr verehrter Herr Minister Pinkwart: Aufgrund Ihrer außergewöhnlichen Leistungen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft freut es mich ganz besonders, dass Sie heute den Mittelstandspreis der Union Mittelständischer Unternehmen verliehen bekommen – ein Preis, der Anerkennung und Ansporn zugleich sein soll, auch zukünftig mutig für die Sache und gegen gesellschaftliche sowie politische Widerstände voranzuschreiten.

Sehr verehrter Herr Minister, lieber Herr Professor Pinkwart, herzlichen Glückwunsch zu dieser besonderen Ehrung durch die Union Mittelständischer Unternehmen. Sie haben sie wahrlich verdient. ■





v.l. Hermann Sturm, Karl Josef Klasen, Freier Architekt VDA, Minister Pinkwart, Andreas Mertens, Freier Architekt VDA, Reinhard Jo Billstein, Freier Architekt VDA



Ulrike Flach MdB und Werner Flach



Dr. Solms im Gespräch mit Finanzminister Dr. Linssen und Dr. Hans-Joachim Rauscher, Vorstand Nürnberger-Beteiligungs-AG



Dr. Otmar Schuster, Präsident GEOMeter Europas (li.) und Rudolf Hielscher, Leiter des Büros von Minister Pinkwart



v.l. Franz Biedermann, Vizepräsident Zentralverband Deutscher Ingenieure, Ulrike Biebelmann, Präsidentin Unabhängige Vereinigung der Rechtsanwälte, Dr. Friedrich Homann, Ministerialdirektor a. D., Präsidiarbeitsrat UMU, Erwin Bindegger, Vorsitzender Union Beratender Ingenieure U.B.I.-D - Bayern



Heinz-Peter Hauser, Architekt VDA, Heike Tiefenbach, Andreas Mertens, Architekt VDA



Johann Straub, Präsident Bundesverband Deutscher Grundstückssachverständiger (li.) und Dr.-Ing. Carl August Günther, Vorsitzender ECCE – Deutsche Sektion



Barbara Sommer MdB, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes NRW und Dr. Carl-Dieter Wuppermann, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Stahlinstitut VDEh



v.l. Reimer Runge, Vorstand UFB:UMU AG, UMU-Präsident Hermann Sturm, Dr. Rudolf Strohmeier, Kabinetts-Chef von EU-Kommissarin Reding, Brüssel, und Werner Küsters, Präsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft



Thomas Neumann, UFB:UMU AG (li.) und Michael Stein, UFB:UMU AG



Prof. Dr. Carsten Ahrens, Senior-Vizepräsident Europäischer Rat der Ingenieure des Bauwesens – ECCE (li.), im Gespräch mit Prof. Dr.-Ing. Victor Rizkallah, Präsident Ingenieurkammer Niedersachsen a.D.



v.l. Dr. Norbert Vogelth, PricewaterhouseCoopers AG und Frithjof Kühn, Landrat Rhein-Sieg-Kreis

## Laudatio – Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

Sehr geehrter Herr Sturm,

ich bedanke mich sehr für die Einladung und die Ehre, einige lobende Worte über Andreas Pinkwart zu sagen. Das tue ich sehr gerne.

Sehr geehrter Herr Berger, Sie haben ja alle wichtigen Daten genannt, und ich brauche sie nicht zu wiederholen. Das ist auch gut, denn ich will eher einige persönliche Bemerkungen machen. Sie haben ja schon erwähnt, dass Andreas Pinkwart in den Jahren 1991-1994 mein Büroleiter war – also in der Legislaturperiode nach der Deutschen Einheit. Damals hatte ich das Vergnügen, Fraktionsvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion zu sein.

Ich wurde am 15. Januar 1991 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, nachdem Wolfgang Mischnick zuvor 23 Jahre ohne Unterbrechung Fraktionsvorsitzender gewesen war. Dass jemand über so lange Zeit in verschiedenen Koalitionen Fraktionsvorsitzender blieb und all diese schwierigen Auseinandersetzungen überstand, ist eine ganz und gar einmalige Erscheinung in der deutschen Politik.

In der Zeit nach der Deutschen Einheit ging es darum, die Einheit aktiv zu gestalten. Damals war es für mich eine große Herausforderung, an prominenter Stelle mitzuarbeiten. Da ich damals nicht der einzige Kandidat für das Amt des Fraktionsvorsitzenden und meine Wahl damit letztlich auch nicht planbar war, musste ich überlegen, wer als Mitarbeiter für mich in Frage kommen würde. Ich war und bin mit Ursula Seiler-Albring befreundet, die damals das Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion innehatte und später – unter Genscher – Staatsministerin im Auswärtigen Amt wurde. Ursula Seiler-Albring hatte einen jungen, freundlichen Mitarbeiter, der eigentlich immer vernünftige Dinge sagte und der mir deshalb persönlich aufgefallen war. Ich sprach ihn an und fragte ihn, ob er Lust habe, als Büroleiter in meinem Büro mitzuarbeiten. Nach kurzer Überlegung sag-

te er zu; und es entwickelte sich eine sehr enge und harmonische Zusammenarbeit. Wer die Politik mit all ihren Versuchungen, Herausforderungen, Bedrängnissen, mit allen Durchstechereien und Intrigen, wer also das politische Geschehen an sich kennt, der weiß, wie wichtig es ist, Personen um sich zu haben, auf die man sich hundertprozentig verlassen kann. Personen, die diskret sind, aber gleichzeitig auch gescheit; die klug sind und bereit, Konzepte zu entwickeln und Verantwortung zu tragen. Wichtig ist aber auch, dass es Personen sind, die einem sozusagen einen Resonanzboden geben, mit denen man Politisches offen besprechen und im Gespräch miteinander Dinge ordnen und entwickeln kann. Pro und Contra abwägen, Risiken bewerten und Lösungswege vorbereiten können, ohne sich selbst in der Fraktion und bei den Mitarbeitern in den Vordergrund zu spielen oder besser in Szene zu setzen. Da sind die meisten überfordert. Nicht so Andreas Pinkwart. Er wurde für mich zum täglichen Gesprächspartner und Vertrauten.

Das war damals eine wahrlich spannende Zeit, die gerade für die FDP große Herausforderungen barg. Ich will nur an zwei von vielen erinnern. Zum einen handelt es sich um das Bemühen des damaligen Sozialministers Norbert Blüm, nicht nur „die Rente sicher“ zu machen – oder wenigstens als sicher zu erklären –, sondern auch die Pflegeversicherung einzuführen. Herr Blüm verfolgte damals die völlig verfehlte Idee eines Umlagefinanzierungsverfahrens. Die FDP war die einzige Partei, die eine andere Meinung vertrat. Wir befürworteten die Pflegeversicherung an sich, aber als Finanzierung favorisierten wir das Kapitaldeckungsverfahren – bei dem ein Kapitalstock aufgebaut wird. Als Konsequenz aus diesen beiden systematisch so verschiedenen Auffassungen kam es zu nächtelangen Koalitionsauseinandersetzungen und Diskussionen. Andreas Pinkwart war damals immer an meiner Seite und unterstützte mich. Leider waren wir am Ende nicht erfolgreich, das muss ich zuge-



ben. So kurz vor der Bundestagswahl 1994 hat unser damaliger Koalitionspartner uns die Pistole auf die Brust gesetzt. Bundeskanzler Kohl hat damals gesagt, „Wenn Ihr nicht mitmacht, dann machen wir es ohne euch“. Wohl wissend, dass wir in einem Wahlkampf anschließend als diejenigen, die diese wichtige soziale Aufgabe nicht hatten umsetzen wollen, diffamiert werden würden, sahen wir uns gezwungen, einen Kompromiss zu machen, der manchen heute noch schmerzt. Was wir damals schon anmahnten, haben heute all diejenigen, die da an dem Prozess beteiligt waren, längst erkannt: Die damals getroffene Entscheidung, eine umlagefinanzierte Pflegeversicherung einzuführen, war und ist ein Fehler.

Der damalige Finanzminister und CSU-Vorsitzende Theo Waigel teilte unsere Auffassung bezüglich der Vorteilhaftigkeit eines Kapitaldeckungsverfahrens bei der Pflegeversicherung. Wir haben damals sehr bedauert, dass er uns nicht zur Seite gesprungen ist. Das hatte wohl CSU-interne Gründe, die ich hier nicht analysieren möchte.

Norbert Blüm hatte die Gewohnheit, sich mit Rudolf Dreßler von der SPD abzustimmen, bevor er überhaupt seinen eigentlichen Koalitionspartner informierte. Die FDP-Spitze saß denn auch oft nächtelang zusammen, bereitete die Diskussionen mit der CDU/CSU vor, wendete hin und her, welche Vorteile beziehungsweise Nachteile es gab. Natürlich erwogen wir auch unsere parteitaktischen Optionen, um zu einem für die Bürger bestmöglichen Ergebnis zu kommen – in diesem Fall leider vergebens.

Bei dem zweiten Thema handelt es sich um die „out-of-area“-Einsätze deutscher Truppen. Diese Frage hat gerade wieder an Aktualität gewonnen und ist zum zweiten Mal vor dem Bundesverfassungsgericht behandelt worden. Nun hatte Deutschland damals gerade die Souveränität zurückgewonnen und konnte sich bei solchen Fragen nicht mehr



hinter den ehemaligen Besatzungsmächten verstecken. Es war gefordert, im NATO-Bündnis einen gleichwertigen Beitrag zu leisten. Im damaligen Fall ging es um den Einsatz deutscher Truppen auf dem Balkan. Man konnte in dieser Sache durchaus verfassungsrechtlich unterschiedlicher Meinung sein. Außenminister Genscher vertrat die Auffassung, dass der Einsatz deutscher Truppen „out-of-area“ verfassungsrechtlich nicht möglich sei; andere Verfassungsjuristen waren entgegengesetzter Meinung. Als die Bundesregierung entschied, deutsche Truppen ebendort einzusetzen, ohne zuvor zu klären, ob dies verfassungsrechtlich möglich sei, haben wir die eigene Bundesregierung verklagt. Das war fraglos die schwierigste und mutigste Entscheidung, die ich damals zu treffen hatte und die mit Bundesaußenminister Klaus Kinkel abgestimmt werden musste. Auch in dieser schwierigen Sache führten wir zahlreiche intensive Diskussionen, in denen Andreas Pinkwart mein bester Berater war.

Wie bereits erwähnt, haben wir schließlich tatsächlich die Bundesregierung verklagt, um Klärung der Verfassungsmäßigkeit herbeizuführen. Das Verfassungsgericht erklärte in seinem Urteil, dass die Bundeswehr auch außerhalb des Bündnisgebietes eingesetzt werden dürfe – aber nur nach vorheriger Zustimmung des Parlamentes. Damit wurde die Bundeswehr zur Parlamentsarmee. Das war und ist eine über den Tag hinausweisende, zentrale Entscheidung. Diese Entscheidung ist vor kurzem vom Bundesverfassungsgericht – erneut auf Klage der FDP-Bundestagsfraktion hin – im AWACS-Urteil bestätigt worden. Diesmal ging es um den Einsatz deutscher AWACS-Flugzeuge nach dem 11. September in der Türkei. Sie erinnern sich sicher: Bundeskanzler Schröder hatte zwar abgelehnt in den Krieg gegen den Irak einzutreten, gleichzeitig aber der Türkei – sozusagen um die Wirkung seines Neins abzumildern – AWACS-Flugzeuge zur Verfügung gestellt.

Das Verfassungsgericht hat das Urteil von 1994 bestätigt und zudem erklärt, dieser Einsatz hätte der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedurft. Damit wurde zum zweiten Male die Entscheidung bestätigt, nachdem die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist und der Bundestag solchen Einsätzen zustimmen muss. Aus heutiger Sicht war das Urteil von 1994 ein großer Erfolg. Damals traf unser Vorgehen allerdings in der Öffentlichkeit auf Widerspruch und Unverständnis. Heute können wir stolz darauf sein, durch unsere mutige Klage eine schicksalhafte Entscheidung für den Einsatz deutscher Truppen herbeigeführt zu haben.

Mit diesen Ausführungen möchte ich eines unterstreichen: Die Zusammenarbeit mit persönlichen Mitarbeitern – vertrauensvoll, sachorientiert in der Breite des politischen Spektrums – ist eine Grundvoraussetzung, um auch schwierige politische Entscheidungen vorzubereiten und zum richtigen Zeitpunkt handlungsfähig zu sein.

Warum Andreas Pinkwart dafür so geeignet ist, habe ich erkannt, als ich mir seine Doktorarbeit angeschaut habe. Er hat über die Chaostheorie promoviert und zwar bei Albach mit summa cum laude. Wer es schafft, in der FDP zu bestehen, der muss schon gelernt haben mit Chaos umzugehen. Genau das hat er offensichtlich auch gelernt und dabei erkannt, dass man aus Chaos Schlüsse ziehen kann. Lassen Sie mich aus dem Fazit seiner Dissertation zitieren:

*„Es wird deutlich, dass es bei Kenntnis der Übergänge von einer geordneten, stabilen Entwicklung ins Chaos sowie seiner Ordnungsstrukturen durchaus möglich ist, die Entwicklung zunächst völlig zufällig erscheinender Prozesse für die nähere Zukunft besser vorhersagen zu können. So ist die besondere Eigenschaft von Chaos darin zu sehen, dass es eine Struktur, eine gewisse Ordnung und damit auch eine Art Erkenntnismuster gibt.“*

Sie sehen, man kann aus Chaos auch positive Schlüsse ziehen. Diese theoretische Erkenntnis kam später noch in der Realität zum Einsatz, als der nordrhein-westfälische Landesverband der FDP in ein schwieriges Fahrwasser geraten war und – hier will ich mich vorsichtig ausdrücken – nach Ordnung suchte. Andreas Pinkwart war bereit, Verantwortung zu übernehmen und als Landesvorsitzender zu kandidieren, als die Partei in größter Unordnung und wohl auch tief zerstritten war. Ich habe damals mehrfach mit ihm telefoniert. Er war zeitweise auch verzagt und ich habe ihm zugeredet, das Amt zu übernehmen. Das hat aber leider nicht viel bewirkt, muss ich gestehen. Andreas Pinkwart sprach dann mit seiner Frau Ute und sie hat ihn dann quasi über Nacht überzeugt. Am nächsten Tag war er wieder einsatzbereit. Jedenfalls übernahm er diese schwierige Rolle und hat den Landesverband wieder geeint. Heute führt Andreas Pinkwart einen Verband, der auf geradezu vorbildliche Weise handlungsfähig ist und auch in der Regierungsbeteiligung vorbildliche politische Ergebnisse erzielt. Das gelingt nur, wenn der eigene Verband geschlossen hinter dem Vorsitzenden steht. Das gelingt nicht, wenn es Streitigkeiten gibt. Die Geschlossenheit der nordrhein-westfälischen FDP wieder herzustellen, war eine ganz herausragende Leistung, die vor allem Andreas Pinkwart zu verdanken ist.

Wie Sie wissen, sind wir beide Ökonomen. Wir haben sozusagen die gleichen Denkmuster und von daher auch die gleichen ökonomischen und finanzpolitischen Vorstellungen. Andreas Pinkwart und ich bemühen uns seit langem gemeinsam um eine moderne Finanz- und Steuerpolitik. Ich war während meiner gesamten politischen Laufbahn finanzpolitisch orientiert. Auch in meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender – der in der Fraktion für alles zuständig ist und von dem man verlangt, Generalist zu sein –, selbst in dieser Zeit habe ich die Finanz- und Steuerpolitik als meinen Schwerpunkt betrachtet.

Nach der Wende und den Steuerreformen von 1990 war relativ schnell klar, dass die Deutsche Einheit weitere Reformen auch auf diesem Gebiet erfordern würde. Schon damals führten wir erste Diskussionen darüber, wie eine zukunftsweisende Modernisierung des Steuersystems aussehen könnte. Im Jahre 1996 habe ich in einem Vortrag vor dem Institut für Finanzen und Steuern einen Dreistufentarif vorgeschlagen. Parallel dazu hat Andreas Pinkwart einen Antrag des Landesverbandes NRW vorbereitet. Auf dem folgenden Parteitag der FDP haben wir die beiden Konzepte zusammengeführt und – den Weg hin zu einer modernen Steuerpolitik eingeleitet.

Und es stimmt, Herr Sturm, Sie haben das richtig gesagt, man braucht in der Politik nicht nur Weitblick. Manchmal denkt man: *„Wie weit muss der Blick eigentlich noch reichen ... jetzt arbeiten wir schon 15 Jahre an dem Thema und haben doch noch nichts Wesentliches bewirkt.“*

Doch man darf die Hoffnung nie aufgeben! Politik beginnt jeden Tag neu. Es finden immer wieder Wahlen statt, die wieder Chancen eröffnen, Politik aktiv zu gestalten. Nachdem jetzt sogar die CSU – übrigens Herr Huber war Ihr Vorgänger als Preisträger, Herr Pinkwart – einen Stein ins Wasser geworfen hat, gibt es wieder eine neue Chance, eine Steuerreform voranzubringen. Nachdem die CSU so viele Steuererhöhungen mit beschlossen hat, will sie mit einem Mal wieder Steuern senken. Wir greifen das gerne auf. Doch wir brauchen nicht nur Steuersenkung, wir brauchen Steuervereinfachung. Wir brauchen ein modernes einfaches, international wettbewerbsfähiges Steuersystem. Darin stimmen Andreas Pinkwart und ich völlig überein.

Er hat als Bundestagsabgeordneter zwei Arbeitsgruppen geleitet, die sich zum einen mit der Reform der kommunalen Finanzverfassung befasst haben. Die Gewerbesteuer soll in diesem Konzept durch

DEUTSCHER ELITE-MITTELSTANDSPREIS 2008

UMU-MITTELSTANDSPREIS

Prof. Andreas Pinkwart

Stellv. Ministerpräsident und Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Hochschulpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen



andere Finanzquellen ersetzt werden. Zum anderen wurde eine praktikable Lösung für die Durchsetzung des Bürgergeldsystems entwickelt. Bürgergeld bedeutet dabei nichts anderes als eine Negativsteuer, nach der diejenigen Bürger, die keine oder eine gering bezahlte Arbeit haben, unterstützt werden, indem sie ein bedingtes Grundeinkommen erhalten. Die Bedingungen für das steuerfinanzierte Grundeinkommen sind Arbeitsbereitschaft und Bedürftigkeit. Ich sage das, weil Ministerpräsident Althaus in Thüringen mit seinem sogenannten solidarischen Bürgergeld etwas anderes fordert. Er fordert das unbedingte Grundeinkommen – genau wie Herr Götz Werner von dm und andere. Das halten wir jedoch für leistungsfeindlich. Es hält die Menschen in Abhängigkeit vom Sozialeinkommen anstatt sie zu Arbeit und Leistung zu motivieren.

Andreas Pinkwart hat die Idee des liberalen Bürgergeldes in ein praktikables Modell überführt. Dieses haben wir in den letzten Wochen und Monaten in das Konzept eines reformierten Steuersystems integriert und wollen das Ganze auf dem Parteitag in zwei Wochen verabschieden. Ein solches Konzept hat noch keiner zuvor entwickelt – auch kein Wissenschaftler – deswegen haben wir beide Grund stolz zu sein, dass wir wieder einmal Neuland betreten.

Die Zusammenarbeit mit Andreas Pinkwart war und ist für mich ein großes Vergnügen. Wir diskutieren häufig, auch telefonisch, über anstehende Probleme jedweder Art, auch außerhalb des Finanz- und Steuersystems. Dass er sich wissenschaftlich für die kleinen und mittleren Unternehmen qualifiziert hat, hat Herr Berger erwähnt, das muss ich nicht wiederholen. Die Beschäftigung mit den sogenannten KMUs gibt ihm aber auch die Grundlage dafür, systematisch Probleme anzugehen und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Beides kommt heutzutage in der Politik allzu oft zu kurz. Es reicht



eben nicht aus, nur Tagesmeldungen zu lesen und Tagesmeldungen abzusondern. Viel wichtiger ist es, grundsätzlich zu überlegen, wie man die existierenden Probleme richtig analysieren kann, um dann zu neuen modernen, tragfähigen und wettbewerbsfähigen Konzepten zu kommen.

Ich denke, genau das zeichnet Andreas Pinkwart in besonderem Maße aus. Diese positiven Fähigkeiten zeigen sich in der Umsetzung seines Hochschulfreiheitsgesetzes. Dieses Gesetz ist sein Meisterstück als nordrhein-westfälischer Innovationsminister. Es ist so weitsichtig, das ich es hier besonders hervorheben will. Schließlich, verehrte Frau Ministerin Sommer, gilt für Hochschulen und Schulen: mehr Autonomie, mehr Wettbewerb, mehr Leistungsfähigkeit, mehr Leistungsorientierung. Diese Ausrichtung wird uns in Deutschland voranbringen, wie es Sie in Nordrhein-Westfalen vorgebracht hat. NRW ist jetzt auf einem hervorragenden Weg, der freilich noch ein paar Jahre durchgehalten werden muss, damit die positiven Veränderungen auch wirklich überall ankommen.

Wie es auch ganz anders gehen kann, erleben wir in Hessen. Hier gab es von 1999 an eine sehr erfolgreiche bürgerliche Regierung, die viel auf den Weg gebracht hat, in einer zweiten Legislaturperiode von 2003 an, in der die CDU allein regierte, hat man dann vieles vernachlässigt. Dafür ist die hessische CDU-Alleinregierung bei den Landtagswahlen im Frühjahr zu Recht abgestraft worden. Vor allem in der Bildungspolitik liegt in Hessen sehr viel im Argen. Bildung und Forschung sind zwar sensible Themen, aber genau auf diese Themen kommt es in Zukunft an. Auf Bundesebene setzt sich Kollegin Ulrike Flach für Forschung und Wissenschaft entschieden ein und unterstützt damit die Arbeit von Andreas Pinkwart in Düsseldorf.

Ich habe sehr gerne mit Andreas Pinkwart

zusammengearbeitet und habe es ehrlich gesagt sehr bedauert, als er 1994 den Weg in die Wissenschaft eingeschlagen hat. Doch es gehört nun mal für einen Liberalen dazu, neue Herausforderungen zu suchen und anzunehmen. Auf Lehrjahre sollten Herrenjahre folgen.

Wie verbunden wir noch immer sind, wird hieran deutlich: Nachdem er mein Büro verließ, hat er mir das schönste Geburtstagsgeschenk gemacht, das ich je bekommen habe – vielleicht mit Ausnahme des Saxophons, das ich mit 13 Jahren von meiner Mutter geschenkt bekommen habe. Er hat zu Ehren meines 65. Geburtstags gemeinsam mit Paul Kirchhof und Otto Graf Lambsdorff eine Festschrift mit hervorragenden Autoren zur Steuer- und Finanzpolitik herausgegeben. Sie haben mir damit wirklich eine große Freude gemacht, und ich lese immer wieder darin, weil wirklich sehr gute Aufsätze darin zu finden sind. Sie haben damit viel Arbeit auf sich genommen. Ich weiß, wie schwierig es ist, so viele profilierte Steuerexperten dazu zu bewegen, einen Aufsatz zu schreiben. Einfach war das nicht!

Ich wünsche Andreas Pinkwart und seiner politischen Arbeit in Nordrhein-Westfalen weiterhin große Erfolge. NRW ist das wichtigste Land in Deutschland. Ich wünsche ihm ebenso viel Erfolg bei seiner Arbeit als stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundespartei. Wir brauchen leistungsfähige, intelligente, kreative Menschen, die in der Lage sind, Führungsaufgaben wahrzunehmen und denen es gelingen kann, das Vertrauen der Bürger in die Politik zurückzugewinnen. Ich bin sicher – er ist ja noch in einem jugendlichen Alter –, dass er noch vieles bewegen können. Dafür wünsche ich ihm und uns allen viel Erfolg. Den Preis hat er allemal verdient.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.



v.l. Michael H. Heinz, Vizepräsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft,  
Thomas Kowalke, Vorstandsvorsitzender AIA Aktiengesellschaft,  
Dr. Heike Grimm, Leiterin Erfurt School of Public Policy Universität Erfurt



Dr. Hildegard Stausberg, Journalistin, und Norbert Plachta,  
Vorstandssprecher UFB:UMU AG



Andreas Politycki, Aufsichtsrat Nürnberger-Beteiligungs-AG (li.),  
und Heinz-Dieter Tiemeyer, Tiemeyer Automobile



v.l. Hans-Jürgen Mittelstaedt, Geschäftsführer Verband der Chemischen Industrie  
NRW, Detlef Parr MdB, Dr. Matthias Schürgers, Ministerialdirektor a. D.



Manfred Kurz, Leiter Würth Haus Berlin und Brüssel (li.)  
im Gespräch mit Botho von Portatius, Geschäftsführer  
Gesellschafter Kappa IT Ventures Beteiligungs GmbH



v.l. Friedrich Marx, Geschäftsführer VM Verbands-Management GmbH,  
Bernd Brunke, Roland Berger Strategy Consultants, Dr. Josef Beutelmann,  
Vorsitzender der Vorstände Barmenia Versicherungen



Christian DuMont Schütte, Geschäftsführer Verlagshaus DuMont Schauberg (li.)  
und Rolf Kuhlemann, Leiter Bereich Central Functions, RWE Key Account GmbH



v.l. Dr. Hermann Otto Solms, Hermann Sturm, Prof. Dr. Andreas Pinkwart



v.l. Hans-Werner Zeschky, Präsident Bundesverband Deutscher Mittelstand,  
Hans-Jürgen Mittelstaedt, Geschäftsführer Verband der  
Chemischen Industrie NRW, Detlef Parr, MdB



Dr. Hergard Rohwedder, Stiftung Liberales Netzwerk,  
und Robert Rademacher, Präsident Zentralverband  
Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe



Karl Besse, Vizepräsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (li.)  
und Norbert Robers, Leiter Innenpolitik Westdeutsche Allgemeine Zeitung



v.l. Heinz-Peter Hauser, Architekt VDA, Gerd Tekolf, Architekt VDA,  
Stefan Lange, Architekt VDA

## Replik des Preisträgers Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart



Sehr geehrter Herr Sturm,  
lieber Herr Solms,  
lieber Herr Berger,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Gäste,

Sie haben jetzt schon anderthalb Stunden ausgeharrt und viel Nettes über mich mitanhören dürfen oder müssen. Ich bedanke mich sehr für Ihre Laudatio, Herr Berger, nicht nur für das Was, auch für das Wie. Und ich danke Ihnen, lieber Herr Solms, vor allem für Ihre sehr persönlichen Worte. Ich kann das nur zurückgeben: Ich habe unendlich viel gelernt von Ihnen, mit ihnen, und bin sehr dankbar dafür. Ich danke auch Ihnen ganz herzlich, Herr Sturm, dass Sie und Ihr Verband mir die Ehre dieses vielbeachteten Preises zuteil werden lassen. Und ich freue mich sehr darüber, dass so viele Weggefährten, Freunde und Unterstützer der Einladung heute Abend gefolgt sind.

Es ist mir besonders wichtig, dass heute Abend Freunde hier sind, auf die ich mich in schwierigen Phasen habe verlassen können. Der Erfolg hat viele Väter. Aber wenn es schwierig wird, dann wird es auch schon mal einsamer. In solchen Momenten brauchen Sie Menschen, auf die Sie sich verlassen können. Davon sind viele heute Abend gekommen. Hier sitzen Menschen, deren Unterstützung, deren Rat, deren Hilfe da war, wenn es auf sie ankam. Dafür bin ich ganz besonders dankbar.

Sich mit Fragen des Mittelstandes zu beschäftigen, mit den kleinen und mittleren Unternehmen und den Selbständigen, und sich zugleich in der FDP politisch zu Hause zu fühlen – resultiert für mich aus ein und denselben Grundüberzeugungen:

Man weiß, was Menschen bewegt, was Großartiges in ihnen steckt.

Man weiß, wie wichtig Freiheit ist, wie anspornend Freiheit sein kann.

Man weiß, wie wichtig es ist, dass Freiheit auch immer mit Verantwortung verbunden ist.

Und man ist überzeugt, dass Freiheit zur Verantwortung den Menschen erst die Größe verleiht und die Möglichkeiten eröffnet, die sie dringend brauchen, damit das Gemeinwesen sich für alle positiv entwickelt.

Selbstständige, kleinere und mittlere Unternehmen und Liberale verbindet auch, dass sie wissen, wie es ist, Höhen und Tiefen zu erleben.

Mittelständler kennen Situationen, wo es hoch riskant wird, wo es um die eigene Existenz geht. Ich glaube, das ist auch das, was die FDP für den Mittelstand attraktiv macht, dass die Partei nachempfinden kann, wie es Mittelständlern nicht selten ergeht. Mittelständler müssen immer wieder neu in Risiken hineingehen, weil sie Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen. Mittelständler müssen die eigene Existenz mit einbringen und im Ernstfall den eigenen Kopf hinhalten.

Genau das muss man in der FDP häufig auch. Hans-Dietrich Genscher pflegte gute Wahlen für die FDP mit den Worten zu kommentieren: „Schön für unsere FDP-Wähler, wenn sie morgens in den Bus oder die U-Bahn einsteigen, wissen sie, sie sind nicht mehr allein im Abteil, sondern es gibt mindestens noch einen, der die FDP gewählt hat.“ Es hat aber auch schon Wahlen gegeben, wo man sich durchaus allein im Abteil fühlen musste mit seiner Stimmabgabe für die FDP – ob als FDP-Kandidatin oder Kandidat, ob als Wählerin oder Wähler. Und wir wissen ja alle, dass Misserfolg gerade für bürgerliche Wähler nicht zwingend das ist, was sie unbedingt anstreben.





Mir ist es wichtig, auch dies an einem Tag zu erwähnen, wo es Grund zum Feiern gibt, wo es der FDP gut geht und es tolle Umfragen gibt: Nach der letzten Umfrage stehen wir bei 12 Prozent im Bund. In Nordrhein-Westfalen wären wir bei 9 bis 10 Prozent notiert, wenn jetzt Landtagswahlen wären.

Wir dürfen nun im dritten Jahr nach 25 Jahren Opposition im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen wieder Politik mitgestalten. Die FDP erfreut sich eines guten Zuspruchs, auch was Neumitgliederzahlen anbetrifft. Wir haben also derzeit rundum ein positives Umfeld. Aber wenn man länger mitgewirkt hat, dann weiß man eben, es gab auch andere Situationen. Umso wichtiger ist es zu wissen, es gibt Menschen, die sich ohne Wenn und Aber hinter den liberalen Gedanken stellen. Viele sind Mittelständler, viele sind heute Abend zusammengekommen. Ich bin sehr froh, dass das so ist, denn ich bin der felsenfesten Überzeugung: Soziale Marktwirtschaft in Deutschland wird es in Zukunft nur geben mit einer starken liberalen Kraft wie der Freien Demokratischen Partei.

Gerade hat eine Studie des DIW gezeigt, dass die Mitte in Deutschland seit 1998 von 62 Prozent auf knapp über 50 Prozent geschrumpft ist, also in einer Zeit, in der die FDP zehn Jahre nicht mehr im Bund mitregiert. Ich sehe das in einem engen Zusammenhang. Wir brauchen für Deutschland endlich wieder eine liberale Gestaltungspartei in der Mitverantwortung, damit eine klare Ordnungspolitik wieder Regierungsalltag in unserem Land wird und damit auch bessere soziale Ergebnisse für das Land möglich werden.

Herr Berger, ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie in Ihrer Laudatio auf diese Verbindung hingewiesen haben. Für mich ist liberale Politik in der

Tat nicht nur Marktwirtschaftspolitik, für mich muss sie immer auch Sozialpolitik sein. Graf Lambsdorff hat schon vor vielen Jahren, als er noch Bundeswirtschaftsminister war, gesagt, das Soziale sei für ihn eine Art vierter Produktionsfaktor in der modernen Gesellschaft. Ich glaube, um soziale Marktwirtschaft in Deutschland mehrheitsfähig zu halten, müssen wir das noch deutlicher zum Ausdruck bringen. Mit anderen Worten: Wir brauchen eine kluge Sozialpolitik, wenn wir die Marktwirtschaft in Deutschland mehrheitsfähig erhalten wollen.

Zentral dabei ist für mich die Bildungspolitik. Und deshalb freue ich mich ganz besonders, liebe Frau Sommer, dass Sie hier sind. Bildung ist das große Versäumnis hier in Nordrhein-Westfalen gewesen. Wissenschaftler haben eine schlagend einfache Formel dafür gefunden: 50 Punkte Pisa bedeuten 0,6 Prozent Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Was wir bei der Bildung versäumen, wirkt sich so unmittelbar wie nachhaltig auf das Wohlstandsniveau der Menschen aus. Der Armutsbericht ist das Spiegelbild verfehlter Bildungspolitik in Deutschland, über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Deswegen müssen wir in die Bildung investieren. Ich habe mich sehr darüber gefreut, Herr Sturm, dass Sie die heutige Preisverleihung mit den Worten begründet haben, ich würde dafür kämpfen, Mittel für die Gestaltung der Zukunft frei zu bekommen.

Das ist ein sehr schönes Kompliment. Das ich gerne teilen möchte, mit dem Finanzminister, mit Herrn Linssen. Ich tue dies an dem Tag, an dem die Landesregierung ein mehr als ehrgeiziges Programm zum Ausbau des Hochschulstandortes Nordrhein-Westfalen beschlossen hat. Wir richten uns im nächsten Jahrzehnt auf 160.000 zusätzliche Studienanfänger ein, weil wir doppelte Abiturjahrgänge haben, weil wir Demografiegewinne haben;





die geburtenstarken Jahrgänge bringen jetzt ihre Kinder an die Hochschulen. Und wir erwarten eine höhere Studierneigung. Nordrhein-Westfalen wird aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit in die Modernisierung der Hochschulen über 5 Milliarden Euro investieren müssen. Um neue Studienanfängerplätze zu schaffen, werden wir darüber hinaus im kommenden Jahrzehnt noch einmal in einer Größenordnung von rund 4 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Wir bauen neue Fachhochschulen, wir erweitern vorhandene Fachhochschulen – ein riesiger Kraftakt.

Und da muss man einfach sagen: Mit Helmut Linssen als Finanzminister diese Bildungspolitik, liebe Frau Sommer, und diese Hochschulpolitik machen zu können – das ist kein Kampf, das ist ein Vergnügen. Wir haben hier einen Finanzminister, und ich wünsche mir den auch für Annette Schavan im Bund, der den inneren Zusammenhang erkennt zwischen diesen Zukunftsinvestitionen und einer nachhaltigen Konsolidierung öffentlicher Haushalte.

Ich sage es gerne noch einmal: Bildung, berufliche und akademische Ausbildung sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Hier müssen wir investieren. Nicht, indem wir dafür die Steuern weiter erhöhen, die sind hoch genug, die müssen gesenkt werden. Aber indem wir die Prioritäten klar setzen innerhalb der öffentlichen Haushalte. Und hier können wir noch viel, viel mehr erreichen. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir immer noch für Dinge Geld ausgeben, die nicht nötig sind oder die viel besser anders erledigt werden könnten. Die Steinkohlesubventionen sind heute angesprochen worden, es gibt andere Beispiele. Insgesamt gilt: Wir müssen die öffentli-

chen Ausgaben schneller umbauen, uns früher von Subventionen verabschieden und in Zukunft investieren.

Wenn Sie nur einmal überlegen, wie viele Milliarden die Europäische Union mit ihren Steuergeldern in Landwirtschaftssubventionen hineinsteckt und wie wenig letztlich in Europa für Forschung und Entwicklung übrig bleibt, obwohl Verbesserungen schon erreicht worden sind. Dann sehen Sie, es gibt genügend Stellhebel, die wir richtig umlegen können: um klare Prioritäten in den öffentlichen Haushalten zu schaffen und um trotzdem wieder Spielräume zu haben, damit die Steuerbürger entlastet werden können. Und zwar entlastet in dem Umfang, wie es dringend notwendig ist, damit sie mehr Eigenvorsorge leisten können und damit auch mehr privates Engagement für Bildung möglich ist.

Dafür möchte ich mich jedenfalls mit ihrer Unterstützung weiter einsetzen. Ich fühle mich sehr geehrt und freue mich auf einen schönen Abend mit Ihnen. Herzlichen Dank für die Auszeichnung, schön, dass Sie alle da sind.





v.l. Prof. Coordt von Mannstein, Werbeagentur, und Hans-Dieter Lehnen, Hauptgeschäftsführer Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU



Gunda Magenau, Unternehmerin, und Bernd Magenau, Vermessungsingenieur



Marc Mauermann, Leiter Vertrieb Mittelstand Vodafone D2 GmbH und Susanne Leckebusch, Vertrieb Mittelstand Vodafone D2 GmbH



Gertrude Pfleger-Ebinghaus, Union Freier Berufe, und Michael Stephan, Staufenbiel Personalberatung



Monika Glaubitz-Becker, Präsidentin Union Deutscher Personalberater und Dr. Wolfgang Glaubitz



v.l. Heinz-Dieter Tiemeyer, Tiemeyer Automobile, Günther Woywodt, Jürgen Rölke, Gesellschafter CMC Concept Makler Cologne



Monika Glaubitz-Becker, Präsidentin Union Deutscher Personalberater und Franz-Josef Reuter, Direktor Public and International Affairs, Droegge & Comp. GmbH



Dr. Hans-Joachim Rauscher, Vorstand Nürnberger-Beteiligungs-AG im Gespräch mit Dr. Hermann Otto Solms



Kathrin Schmack, Freie Architektin VDA, Reinhard Jo Billstein, Freier Architekt VDA, Angela Billstein



v.l. Alfons Kraus, Präsidiarbeitsrat UMU, und Heinz Naumann, Ehrenpräsident Zentralverband Deutscher Ingenieure



Dr. Heike Grimm, Leiterin Erfurt School of Public Policy Universität Erfurt, und Johann Stigler, Geschäftsleitung UMU



Werner Küsters, Präsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft, im Gespräch mit Dr. Hermann Otto Solms und Hermann Sturm

Der besondere Dank der UMU gilt den Sponsoren:



# Die Träger des Deutschen Elite- / UMU-Mittelstandspreises

1994

**Dr. Ingo Friedrich**  
MdEP

Europaabgeordneter und heute Präsidiumsmitglied und Quästor des Europaparlaments



1997

**Gerhard Schröder**

7. Bundeskanzler der BR Deutschland

damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen



2001

**Dr. Walter Döring**

damaliger Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg



2005

**Kurt Beck**  
MdL

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz



1998

**Dr. Edmund Stoiber**  
MdL

Ministerpräsident des Freistaates Bayern a. D.



2002

**Roland Koch**  
MdL

Ministerpräsident von Hessen



2006

**Dieter Althaus**  
MdL

Ministerpräsident des Freistaates Thüringen



1995

**Gunnar Uldall**

damaliger wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Wirtschaftssenator von Hamburg a. D.



1999

**Wolfgang Clement**

damaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen



2003

**Friedrich Merz** MdB

damaliger stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



2007

**Erwin Huber**  
MdL

damaliger Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie



1996

**Dr. Hermann Otto Solms**  
MdB

damaliger Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und heutiger Bundestagsvizepräsident



2000

**Christine Scheel**  
MdB

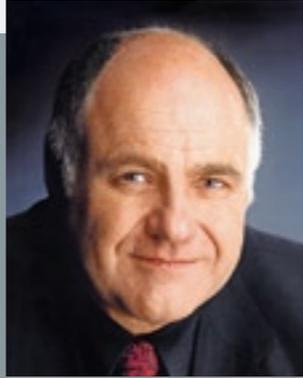
damalige Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages



2004

**Rezzo Schlauch**

damaliger parlament. Staatssekretär im BMWA, Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung





Die Fürst Fugger Privatbank unverändert in der Elite der Vermögensverwalter – auch 2008 mit der Auszeichnung „magna cum laude“

## Zukunft braucht Herkunft. Und Herkunft verpflichtet.

1486 wurde die Fuggerbank als erste Bank Deutschlands genannt. Damals war das Bankhaus bereits mit dem kaiserlichen Haus Habsburg im Geschäft. Jahrzehntlang logierten die Kaiser in den Augsburger Fuggerhäusern, der Zentrale des bedeutendsten Bankhauses dieser Epoche – heute Stammsitz der Fürst Fugger Privatbank. Mit dem Habsburger Wappen auf dem „Adlertor“ der Fuggerhäuser zeichneten die Kaiser ihre Gastgeber

aus. Ausgezeichnet wird auch das Bankhaus von heute. Seit dem Jahr 2005 gehört die Fürst Fugger Privatbank bei umfassenden Tests von Banken und Vermögensverwaltern durch die „Elite Report Edition“ kontinuierlich zur Elite der Vermögensverwalter im deutschsprachigen Raum. 2008 bekam die Fürst Fugger Privatbank von der „Elite Report Edition“ und ihrem Medienpartner „Handelsblatt“ erneut das Prädikat „magna cum laude“ verliehen.



**Fürst Fugger Privatbank**

AUGSBURG

Maximilianstraße 38

Telefon 0180 3201-111\*

\*T-Home, 9ct/Min. aus dem deutschen Festnetz. Bei Anrufen aus den Mobilfunknetzen können abweichende Preise entstehen.

Mehr Informationen unter [www.fuggerbank.de](http://www.fuggerbank.de)

## Europäischer Elite-Mittelstandspreis The European Elite SME Award

### DIE BISHERIGEN TRÄGER DES PREISES IN DER GLOBALSTUFE



2002 • Globalstufe

**WILLIAM JEFFERSON CLINTON**

42. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika  
am 4. Oktober 2002 in München



2004/2005 • Globalstufe

**ZHU RONGJI**

Ministerpräsident der  
Volksrepublik China von 1998 bis 2003  
am 7. Dezember 2004 in Peking



2007 • Globalstufe

**DR. H. C. GERHARD SCHRÖDER**

7. Bundeskanzler der  
Bundesrepublik Deutschland  
am 5. November 2007 in Berlin

# Fleiß. Fairness. Qualitätsarbeit. Manchmal schaffen gerade die alten Werte den Fortschritt.

Würth beweist es seit mehr als 60 Jahren: Hoch hinaus kommt man vor allem mit Bodenständigkeit. Sich nicht ständig neu erfinden, sondern bewährten Handwerkstugenden treu bleiben. Die Ärmel hochkrempeln und anpacken. Saubere Arbeit abliefern. Topqualität. Für uns ist das mehr als ein markiger Spruch. Es ist Teil unserer Philosophie. Weil man Erfolg und Wachstum vor allem durch Begeisterung erzielt. Bei Kunden, Lieferanten und Mitarbeitern. Denn wo mit Schrauben gearbeitet wird, ist der Zusammenhalt am größten.



In der Kontinentalstufe wurde der  
Europäische Elite-Mittelstandspreis  
bisher verliehen an:



2007 · Kontinentalstufe

**DR. INGO FRIEDRICH**  
**MdEP**

Mitglied des Präsidiums des  
Europäischen Parlaments

am 28. Februar 2007 in München

## UMU-Ehrenbotschafter



**Jürgen  
Pinne**

Präsident  
Deutscher  
Steuerberater-  
verband e. V.



**Basilios  
Tsionis**

Vizepräsident  
Europäische Union  
Mittelständischer  
Unternehmen,  
Kifissia-GR



**Wolfgang  
Dambmann**

Vorstandsvorsitzender  
Dresdner Bank Latein-  
amerika AG a. D.,  
Geschäftsführer  
HKB Bankhaus

Mit der Verleihung der Ehrenbezeichnung  
»UMU-Ehrenbotschafter des deutschen Mittel-  
standes« würdigt unser Verband Personen  
aus der Wirtschaft, die sich in besonderer  
Weise um den Mittelstand in Deutschland  
und Europa verdient gemacht haben.

## Weht der Wind der Veränderung, bauen die einen Mauern - wir Windmühlen!



### Der Mittelstand - Motor der deutschen Wirtschaft

Die Rahmenbedingungen  
und die Märkte verändern  
sich rasant.

Die Wirtschaft wächst.  
Die Konjunktur läuft.  
Der Export boomt.  
Die Währung ist sehr stark.  
Der Konsum zieht an.  
Geld fließt in die Haushalte.

Der Mittelstand verdient  
wieder Geld.

### Ganzheitliche Lösungen für den Mittelstand

Unternehmer erwarten im  
Bereich der Finanzdienst-  
leistungen intelligente,  
zukunftsfähige Lösungen.  
Diese bietet die UFB:UMU  
ganzheitlich, auf Augenhöhe  
und alles aus einer Hand.

Sie erhalten Antworten  
auf Fragen zu

- Senkung der Lohnnebenkosten
- Optimierung Personal- und  
Kostenmanagement
- Outsourcing und Unternehmensnachfolge
- Risk- und Versicherungsmanagement
- Unternehmensversorgung
- Mehr-Wert-Dienstleistungen

Die UFB:UMU AG ist  
seit mehr als 20 Jahren  
anerkannter Partner des  
Mittelstandes.

Mit den vier Gesellschaften:

**UFB:UMU AKTIENGESELLSCHAFT**  
**UFB:UMU ASSEKURANZMAKLER GMBH**  
**UFB:UMU DIENSTLEISTUNG GMBH**  
**UFB:UMU UNTERNEHMENSBERATUNG GMBH**

können wir die Erwar-  
tungen des Unternehmers  
umfassend abdecken und  
professionell erfüllen.



## **IMPRESSUM**

**UNION MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMEN e. V. - UMU**

**D-80686 München · Edelsbergstr. 8 · Tel. (089) 57 007-0 · Fax (089) 57 007 260**

**E-Mail: [info@umu.de](mailto:info@umu.de) · [www.umu.de](http://www.umu.de)**

**Alle Rechte vorbehalten.**

**Druck oder Vervielfältigung, ganz oder teilweise, auf Anfrage gestattet.**

**Herausgeber: VM Verbands-Management GmbH, Edelsbergstr. 8, D-80686 München**

**Redaktion/verantwortlich: Dipl.-Kfm. Johann Stigler**

**Druck: Heinzelmann, München**

**Bezug/Bestellung: schriftlich an die UMU**